

Liebe Redaktion

Wir bitten Sie, dieses Communiqué bei der nächstmöglichen Gelegenheit zu publizieren.

Besten Dank und freundliche Grüsse!

Thun, 16. Oktober 2010, Harold Salzmann

Parolen der EDU für den 28. November

JA zur "Ausschaffungsinitiative" – Nein zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

(16.10.2010, edu) **Unter der Leitung von Präsident Hans Moser fassten die Delegierten der EDU Schweiz am 16. Oktober in Olten die Parolen für die Eidg. Volksabstimmung vom 28. November 2010: Ja zur "Ausschaffungsinitiative" (Nein zum Gegenvorschlag), Nein zur Volksinitiative Steuergerechtigkeit.**

"Ausschaffungsinitiative": JA (Nein zum Gegenentwurf der Bundesversammlung)
Nationalrat Andreas Brännimann stellte die Vorlage vor und wies darauf hin, dass die Ausschaffungsinitiative die konsequente Ausschaffung von verurteilten kriminellen Ausländern verlange. Der direkte Gegenentwurf der Bundesversammlung sei untauglich, das heutige Recht werde nur aufgeweicht und viele "Gummi-Formulierungen" blieben. Die Initiative bestrafe die "Richtigen" und betroffen seien nur verurteilte Straftäter. Nach intensiver Diskussion beschloss die DV mit grosser Mehrheit die Ja-Parole. (Ja: 47, Nein: 5, Enthaltungen: 3)

"Steuergerechtigkeits-Initiative": Nein

Die von SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen vorgestellte "Steuergerechtigkeitsinitiative" sei ein Schritt in die richtige Richtung, da sie den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen mindere und Mindeststandards bei der Einkommens- und Vermögensbesteuerung setze für hohe Einkommen und Vermögen. Als Kontra-Referent erläuterte anschliessend a. NR Markus Wäfler, dass es im Interesse aller Steuerzahler sei, dass "Steuerparadiese" bestehen blieben und eher die "Steuerhöllen" bekämpft werden, nicht umgekehrt. Ein aktiver Steuerwettbewerb zwischen Kantonen, resp. Gemeinden, ergänzt mit einem wirksamen Finanzausgleich zwischen finanzstarken und –schwachen Kantonen und Gemeinden sei im Interesse aller Steuerzahler. Die Schweiz solle ihr erfolgreiches Steuersystem mit demokratischer Mitbestimmung der Bürger/-innen und Autonomie von Kantonen und Gemeinden optimieren und nicht unnötig aufs Spiel setzen! Die Delegierten lehnten die Initiative ab. (Ja: 16, Nein: 32, Enthaltungen: 7)

Für Rückfragen wenden Sie sich an:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30

Nationalrat Andreas Brännimann, 079 356 29 70

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach, 3601 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch